

Antrag: Aktivitäten gegen das geplante Gesetz zur "Tarifeinheit"

Der DGB Bundeskongress hat sich im Mai 2014 nachdrücklich gegen jeglichen Eingriff in das Streikrecht ausgesprochen. In diesem Kontext hat sich der ver.di – Bundesvorstand gegen eine diesbezügliche gesetzliche Regelung zur sogenannten Tarifeinheit positioniert.

Damit halten wir uns an die Beschlüsse und Resolutionen zahlreicher Konferenzen, sowie die Positionierung des ver.di – Landesbezirksvorstandes NRW. Die Unterschriftenaktion gegen das Gesetzesvorhaben ist angelaufen und wird sicherlich von zehntausenden Kolleginnen und Kollegen gezeichnet werden. Sollte die Bundesregierung nicht von ihrem Gesetzesvorhaben abrücken sind weitergehende Aktionen erforderlich.

Der ver.di-Landesbezirksvorstand NRW spricht sich für eine breite Information und Mobilisierung der Beschäftigten aus. Der ver.di-Landesbezirksvorstand NRW fordert alle Bezirke und Fachbereiche auf, das Gesetzesvorhaben Tarifeinheit auf jeder Betriebs- und Personalversammlung zum Thema zu machen. Der ver.di-Bundesvorstand wird aufgefordert, öffentlichkeitswirksame Aktionen im Vorfeld der abschließenden Beratungen im Bundestag zu organisieren. Neben Gesprächen mit den MdB's werden wir auch in den Gremien des DGB unsere Positionen verdeutlichen und versuchen eine ablehnende Position zu erreichen.

Begründung

Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit plant die Bundesregierung einen indirekten Eingriff in das Streikrecht. Auch das Koalitionsrecht würde durch dieses Gesetz eingeschränkt. Der Betriebsbegriff, der in diesem Gesetz angewendet wird, eröffnet Manipulationen durch die Unternehmer Tür und Tor. Damit ließen sich leicht, von den Unternehmern finanzierte, zu ver.di in Gegnerschaft stehende Organisationen, bilden. In manchen Bereichen wäre ver.di in der Minderheit und würde nur noch sehr eingeschränkt für eigene Tarifverträge kämpfen können. Durch die vorgesehene Regelung, die Mitgliederlisten durch Notare überprüfen zu lassen, würden zusätzliche Auseinandersetzungen im Vorfeld von Tarifauseinandersetzungen eingeführt. Deswegen ist es unerlässlich gegen dieses Gesetzesvorhaben tätig zu werden. Ver.di hat zusammen mit GEW und NGG mit der Unterschriftensammlung ein erstes Zeichen gesetzt. Sollte die Bundesregierung an dem Vorhaben festhalten sind weitere Aktionen erforderlich.

Der am 11.12.2014 im ver.di Landesbezirksvorstand NRW einstimmig verabschiedete Antrag zur Tarifeinheit